

NEUES SCHWABEN

Oppositionelle Meinungen und Meldungen aus Augsburg und Schwaben

Ausgabe August 2002

e-mail: akmedien@gmx.de

Solidaritätspreis: 0,50 €

Keine Antwort von OB Wengert auf dringende Fragen! Stadt Augsburg läßt Plakate mit deutschfreundlichem Inhalt abhängen

Augsburg (rw). - Auf eine entscheidende soziale Frage kommunaler Politik verweigert OB Dr. Paul Wengert seine Antwort:

Warum werden immer mehr deutsche Steuergelder für Nichtdeutsche ausgegeben? Nach vier Jahren rot-grüner Politik stöhnen Städte und Gemeinden unter deutlich weniger Steuereinnahmen. Immer neue Streichlisten kursieren - besonders bei Kindergärten und Schulen soll gespart werden. Doch ein großer Brocken in den städtischen Haushalten bleibt stets unangetastet: Die Ausgaben für Ausländer-Ghettos und Wirtschaftsflüchtlinge (Asylanten). Auch für Augsburg gilt, was in allen (noch) deutschen Großstädten zu beobachten ist: Die Ausländer integrieren sich nicht, sondern halten sich fern von der deutschen Gesellschaft. Sie haben deutlich mehr Kinder und beherrschen inzwischen ganze Stadtviertel. Sie beanspruchen zwei- bis dreimal soviel an sozialen Hilfsleistungen und Arbeitslosengeld als Deutsche. Das aber stört die Machthaber der BRD nicht im geringsten. Auf konkrete Vorschläge gegen die Fehlentwicklung angesprochen, reagieren sie nicht. Mehr noch - sie versuchen, die Kritik an ihrem multikulturellen Chaosprojekt mundtot zu machen. So auch SPD-OB Paul Wengert.

In einem Offenen Brief vom 27. Mai 2002 hat das „Augsburger Bündnis - Nationale Opposition“ auf die neue Ausländerpolitik in einigen EU-Ländern verwiesen und drei Fragen an OB Wengert gestellt:

„Wie entsprechende Ansätze in Belgien, Holland und Dänemark zeigen, führt die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber und die Rückführung homogener Gruppen in ihre Heimatländer (in erster Linie Moslems) zu einer unmittelbaren

Entlastung des Sozialhaushalts der Kommunen. Als verantwortlicher Politiker sind Sie dem deutschen Staatsvolk verpflichtet. Wir fragen Sie deshalb:

- 1.) Werden Sie der Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Analyse und Vorbereitung von Rückführungsmaßnahmen zustimmen?
- 2.) Werden Sie Ihre Möglichkeiten als Stadtoberhaupt ausschöpfen, um die soziale ‚Zeitbombe‘ durch Rückführung von nicht integrierbaren Ausländergruppen zu entschärfen?
- 3.) Sind Sie für eine Prioritätenverschiebung zugunsten deutscher Familien und der konkreten Einsetzung freiwerdender Mittel hierfür?“

Wie zu erwarten war, hat Oberbürgermeister Wengert nicht geantwortet. Plakate zur „Aktion Ausländerrückführung“ des „Augsburger Bündnisses“ wurden auf Anordnung der Stadtführung durch die Polizei umgehend wieder entfernt. Angeblich sollen sich Bürger beschwert haben. Doch es wird mehr Fragen geben, und sie werden lauter gestellt werden. Aus seiner Mitverantwortung für die Politik gegen das eigene Volk wird sich der OB nicht davonstehlen können. Das „Augsburger Bündnis“ plant eine Neuauflage seiner Aktion unter dem Motto „Rückführung statt Zuwanderung“.

Weitere 100.000 Juden aus der ehemaligen UdSSR werden in den nächsten Jahren nach Deutschland einwandern. Das gab der Baseler Rabbiner Myer Levinger bekannt. In den letzten zehn Jahren sind über 130.000 Juden aus Osteuropa nach Deutschland zugewandert, so daß hier jetzt rund 165.000 Juden leben. Nirgendwo in Europa wachsen jüdische Gemeinden so stark wie in Deutschland.

„Wir begrüßen dieses Gesetz“

In der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 26. März 2002 äußerte sich die stellv. Direktorin des mit Steuergeldern geförderten „Essener Zentrums für Türkeistudien“, Cigdem Akkaya, zum Zuwanderungsgesetz: „Wir begrüßen dieses Gesetz. Die Leute werden endlich Abschied nehmen von der Illusion, Deutschland gehöre den Deutschen.“

Jetzt auch in Ulm geplant: Türkisch-Islamisches Kulturzentrum

Ulm (rw). - Neben Bobingen soll jetzt auch in Ulm ein neues „Islamisches Kulturzentrum“ entstehen. Die Kuppel der geplanten Moschee soll rund 20 Meter, die Minarette rund 34 Meter hoch werden. Gegen den ursprünglich geplanten Standort Einsteinstraße regte sich allerdings Widerstand, so daß der Hauptausschuß des Ulmer Gemeinderates in nichtöffentlicher Sitzung vom 13. Juni die Suche nach einem „geeigneteren Platz“ beschloß. Wie es sich für politisch korrekte „Volksvertreter“ gehört, befürworteten einhellig alle Fraktionen das Ansinnen des Türkisch-Islamischen Kulturvereins, für rund fünf Mio. (T)euro ein neues Gebets- und Begegnungszentrum zu bauen. Widerstände der Ulmer sollen mit Hinweisen auf „Ausländerfeindlichkeit“ und „Religionsfreiheit“ im Keime erstickt werden. Dagegen ist der Bau eines ähnlichen Bauwerkes im nordschwäbischen Wertingen vorerst auf Eis gelegt worden. Nachdem sich ein breiter Bürgerprotest gegen den Bau einer Moschee formiert hatte, wurde der Bauantrag vom „Islamischen Kulturverein Wertingen“ wieder zurückgezogen. Die „Bürgerinitiative für Wertingen“, welche maßgebend am Bürgerprotest beteiligt war, konnte bei der im März stattfindenden Kommunalwahl sogar in den Stadtrat einziehen.



Widerstand gegen Überfremdung lohnt!

Wer sich an einer Bürgerinitiative, die sich gegen den Bau eines Islamzentrums in Ulm ausspricht, beteiligen möchte, meldet sich bitte umgehend bei:

Augsburger Bündnis – Nationale Opposition
Postfach 43 11 27
86071 Augsburg
Fax: 0821 – 57 70 51

13.500 Arbeitsplätze ...

sind allein seit Anfang dieses Jahres in der bayerischen Metall- und Elektroindustrie verloren gegangen. Die größten Arbeitsplatzvernichter sind die Konzerne (Siemens, Infineon), die kleinen und mittleren Unternehmen versuchen, ihr Personal noch möglichst lange zu halten. Doch auch dies wird bald vorbei sein. Die Kleinen werden jetzt in die Zange genommen: Auf der einen Seite der Staat und die Sozialkassen, die sich holen, was noch zu holen ist, auf der anderen Seite die Konkurrenz durch globale Konzerne, die mit Billigprodukten den Markt überschwemmen.

Genau diese Großunternehmen wurden durch die rot-grüne „Steuerreform“ begünstigt – sie rechnen sich durch internationale Verlustzuweisungen arm und zahlen keine Steuern mehr. Lag das Aufkommen der Körperschaftssteuer 2000 noch bei rund 24 Mrd. (T)euro, mußten die Finanzämter 2001 etwa 400 Mio. (T)euro an die Konzerne zurückerstatten. Durch massenhafte Betriebsprüfungen versucht der Fiskus, dies jetzt bei den kleinen Unternehmen wieder hereinzuholen.

Gegenwärtig wird verbrannt, was an gesunder Unternehmenskultur noch vorhanden ist. Weil die Voraussetzungen für selbständiges Unternehmertum Jahr für Jahr schlechter werden, wird auch nichts mehr nachwachsen. So steuert Europa auf ein multikulturelles Siedlungsgebiet untertänigster Konsumenten zu, dem idealen Absatzmarkt für amerikanische Schrott- und Schundprodukte.

Neue Ausländerpolitik in Holland So machen es die Nachbarn

(rw). - Auch in den einst so liberalen Niederlanden setzt jetzt ein Umdenken ein. Die bislang großzügige Asyl- und Zuwanderungspolitik soll radikal verschärft werden. Nur so könne der Zustrom von Einwanderern aus Nicht-EU-Ländern gestoppt werden, der bereits zu dramatischen Veränderungen im sozialen Gefüge der Großstädte geführt hat. Wirtschaftsflüchtlinge, die ohne gültigen Paß einreisen, sollen sofort wieder abgeschoben werden. Illegale sollen durch Spezialeinheiten der Polizei aufgespürt und ausgewiesen werden. Zugewanderte, die einen Partner aus Nicht-EU-Staaten heiraten wollen, müssen ein Jahreseinkommen von mindestens 19.000 (T)euro nachweisen. Neu-Niederländer müssen an einem 600stündigen Sprachkurs teilnehmen, den sie selbst bezahlen dürfen (6.600 (T)euro), und der mit einer Abschlußprüfung auf Sprachbeherrschung endet. Wer durchfällt, muß mit sofortiger Ausweisung rechnen.